Nummer 3 — Hannover, 16. Januar 1915 — 24. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 8gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Der Verband in den ersten fünf Kriegsmonaten

In den ersten Wochen nach Ausbruch des Krieges, als in einer erklärlichen Panikstimmung viele Unternehmer ihre Betriebe schlossen oder stark einschränkten, andre infolge der Verkehrsstockungen nicht weiterarbeiten lassen konnten, war die Lage für die Gewerkschaften direkt besorgniserregend. Die Zahl der Arbeitslosen schwoll ungeheuerlich an, die Einnahmen sanken rapid, und die vorhandenen Geldbestände waren kaum flüssig zu machen. In der vierten Kriegswoche hatten wir fast 30 000 arbeitslose Mitglieder; die Unterstützung derselben erforderte wöchentlich mehr als 100 000 Mk. Es war auch gar nicht abzusehen, ob und in welchem Tempo die Verhältnisse sich bessern würden.

Zu alledem trat eine neue Aufgabe an den Verband heran. Die Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder waren zunächst fast überall allein auf die vom Staat gegebene Unterstützung angewiesen. Damit auszukommen, war unmöglich. Der Verband konnte und wollte die Angehörigen unsrer ins Feld ziehenden Mitglieder nicht ohne Hilfe lassen und beschloß, allen Bedürftigen eine monatliche Unterstützung zu geben. Es hat nicht an Stimmen im Verbande gefehlt, die sich dagegen wandten, eine Unterstützung abhängig zu machen von der Bedürftigkeit. Sie übersahen, daß eine so besonders geartete Situation auch ein Abgehen von der Schablone „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte" rechtfertigt. Gewiß haben die Feststellungen hier und da zu Unzuträglichkeiten geführt, aber wann und wo kämen solche nicht vor! Als dann mehr und mehr Gemeinden die staatliche Unterstützung durch Zuschüsse ergänzten, diese selbst erhöht wurde und zahlreiche Unternehmer Unterstützungen aussetzten, konnte der Verband, nachdem er rund 400 000 Mk. für die Unterstützung der Kriegerfamilien aufgewendet hatte, seine Hilfe einstellen, um desto besser seine Hauptaufgabe, die Unterstützung der Arbeitslosen, erfüllen zu können.

Erfreulicherweise besserte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt von Woche zu Woche. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen namentlich sank sehr schnell, während weibliche Mitglieder noch immer zu einem erheblichen Bruchteil arbeitslos sind. Da jedoch nur rund 10 Prozent aller Verbandsmitglieder weibliche sind, die Unterstützung dieser Mitglieder überdies geringer ist als die der männlichen, ist die Belastung der Verbandskasse nicht mehr allzu groß. Die in den ersten Wochen nicht ganz unbegründeten Befürchtungen, die Verbandskasse könnte erschöpft werden, brauchen wir glücklicherweise heute nicht mehr zu hegen. Das soll uns jedoch nicht allzu zuversichtlich machen, denn wir wissen nicht, wie lange der Krieg noch dauert und welche Folgen für unser Wirtschaftsleben er noch haben kann.

Ueber die Arbeitslosigkeit und die Zahl der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder haben wir laufend berichtet. In der Regel allerdings nur summarisch und ohne näheres Eingehen auf die Ergebnisse. Nur für die 5. Kriegswoche haben wir die Zahlen nach Verbandsbezirken getrennt gegeben. In der nachfolgenden Tabelle ist wiederum eine solche Trennung der Ergebnisse vorgenommen.

Leider lassen sich die Wochenergebnisse nicht vergleichen, weil sich der Kreis der berichtenden Zahlstellen fortwährend verschiebt. Viele Zahlstellen berichten mit lobenswertem Eifer allwöchentlich pünktlich und richtig, andre scheinen den Wert solcher Erhebungen nicht zu kennen und deshalb nicht zu schätzen. Das ist sehr bedauerlich, aber es ist eine Tatsache, mit der wir rechnen müssen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in allen Gauen, mit Ausnahme des 5., wesentlich geringer als im August. Im ganzen Verband waren am Jahresschluß nur noch 5307 Mitglieder, das sind 4,8 von je hundert, arbeitslos. Gegen die Vorwoche ist das eine geringe Verschlechterung, im Vergleich zu den ersten Kriegswochen dagegen eine sehr starke Besserung.

Die Zahl der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder wächst naturgemäß beständig, wenn auch jetzt nur noch sehr langsam. Der Prozentsatz der Eingezogenen schwankt in den einzelnen Gauen. Die Gaue, die an der östlichen oder westlichen Grenze liegen (5, 6, 11 und 12) haben überdurchschnittliche Prozentsätze. Auch in Bayern übersteigt der Prozentsatz den Durchschnitt wesentlich. Dann auch im Gau 13, in dem sich die Mitgliedschaft zu einem erheblichen Teil aus den Großbetrieben der chemischen Industrie zusammensetzt. Diese nehmen aber durchweg nur jüngere, kräftige, durch vorherige ärztliche Untersuchung auf ihre Gesundheit geprüfte Arbeiter an, also solche, die sich zum Militärdienst besonders eignen. So sind z. B. in der Zahlstelle Höchst, deren Mitgliedschaft zum weitaus größten Teil in den Höchster Farbwerken beschäftigt ist, von 1496 männlichen Mitgliedern 890, gleich rund 60 vom Hundert, eingezogen. So erklären sich die Schwankungen im Prozentsatz der Eingezogenen aus den verschiedentlichsten Ursachen. Ob die im Verhältnis zu den Aenderungen der letzten Wochen erhebliche Steigerung des Gesamtprozentsatzes auf vermehrte Einziehungen nach den Feiertagen oder auf Zufälle in der Berichterstattung zurückzuführen ist, werden erst die Ausweise der nächsten Wochen zeigen.

Die Beitragsleistung ist erfreulicherweise besser gewesen als auf Grund der Erfahrungen in den allerersten Kriegswochen angenommen werden mußte. Damals meinten einige allzu schwarzseherisch veranlagte Mitglieder schon, man könne die Kassierung der Beiträge ganz einstellen, weil sie ja doch erfolglos sei. Die Erfahrung wird sie inzwischen eines Besseren belehrt haben. Wir können heute feststellen, daß die Beitragsleistung zwar absolut erheblich, im Verhältnis zur Mitgliederzahl dagegen nur wenig zurückgegangen ist. Für das letzte Vierteljahr liegen darüber noch keine umfassenden Feststellungen vor, jedoch sind die vorliegenden Zahlen für das dritte Vierteljahr beweiskräftig genug. Es ist allerdings zu beachten, daß die Berechnung der Beitragsleistung infolge der Einziehung vieler Mitglieder zum Kriegsdienst Schwierigkeiten gemacht, vielleicht auch in Einzelfällen zu Irrtümern geführt hat. Da jedoch für diese Berechnungen die durchschnittliche Mitgliederzahl im Quartal zugrunde gelegt wird, wird das Ergebnis nicht allzusehr irren. Dann zeigt es aber ein verhältnismäßig günstiges Bild. Es wurden nämlich von einem Mitglied durchschnittlich an Beiträgen geleistet:

	im 3. Quartal 1914	im 2. Quartal 1914		im 3. Quartal 1914	im 2. Quartal 1914
Gau 1 . . .	11,06	10,94	Gau 9 . .	9,60	11,70
„ 2 . . .	11,61	11,93	„ 10 . .	11,80	11,82
„ 3 . . .	10,53	11,29	„ 11 . .	8,46	10,93
„ 4 . . .	10,57	11,84	„ 12 . .	10,10	10,90
„ 5 . . .	9,43	11,05	„ 13 . .	10,71	10,75
„ 6 . . .	10,20	11,29	„ 14 . .	9,40	11,20
„ 7 . . .	11,20	11,95	„ 15 . .	11,46	11,78
„ 8 . . .	10,82	11,71	Im ganzen Verband	10,46	11,41

Der Rückgang ist zwar immer noch unerfreulich, aber doch durchaus nicht besorgniserregend. Im Gau 1 ist sogar eine geringe Steigerung der Beitragsleistung zu verzeichnen. Wir dürfen deshalb annehmen, daß sie auch im 4. Vierteljahr berechtigte Erwartungen nicht enttäuschen wird.

Ueber die Ausgaben für Unterstützungen im 3. Vierteljahr liegen endgültige Zusammenstellungen der Hauptkasse noch nicht vor. Wohl aber haben die Gauleiter auf Grund der ihnen zugehenden Abrechnungen der Zahlstellen eine vorläufige Aufstellung darüber gemacht. Danach wurden im 3. Vierteljahr ausbezahlt (zum Vergleich haben wir die Zahlen für das 3. Vierteljahr 1913 danebengestellt):

	3. Vierteljahr 1914	3. Vierteljahr 1913
Arbeitslosen-Unterstützung	579 583,37 ℳ	81 281,18 ℳ
Kranken-Unterstützung	145 624,79 „	248 445,90 „
Familien-Unterstützung	145 596,23 „	—
Rechtsschutz, Sterbe- und Umzugs-Unterstützung	30 763,64 „	37 736,— „
Gemaßregelten- und Streik-Unterstützung	117 581,29 „	386 504,90 „
Zusammen	1 019 149,32 ℳ	753 967,98 ℳ

Die Ausgabe ist demnach, trotz Aufhebung der Streik-, Gemaßregelten- und Krankenunterstützung nach Ausbruch des Krieges, um ¼ Million Mark höher als im gleichen Zeitraum des Jahres 1913. Da gleichzeitig die Einnahmen erheblich fielen, ist die Wirkung auf die Hauptkasse doppelt. Die Zahlen zeigen vor allen Dingen, daß der Verband in der Kriegszeit nicht weniger, wie manche sagen, sondern weit mehr an Unterstützungen geleistet hat als in Friedenszeiten.

Wir lassen nunmehr die bisher geführte Tabelle, in der die Ergebnisse der Wochenstatistik auf den ganzen Verband umgerechnet sind, folgen. (Für die in Klammern gesetzten Zahlen siehe die Erläuterung im Bericht über die 16. Woche!)

Berichtstag	Arbeitslos insgesamt	Arbeitslos von je 100 Mitgliedern	Zum Kriegsdienst eingezogen insgesamt	Zum Kriegsdienst eingezogen von je 100 männlichen Mitgliedern
9. August . .	17 663	8,5	34 388	19,2
16. „ . .	23 810	11,5	38 808	21,9
23. „ . .	24 476	11,8	40 283	22,6
30. „ . .	27 768	12,9	45 510	25,2
5. September .	23 788	11,5	44 429	24,6
12. „ .	22 242	10,7	45 706	25,8
19. „ .	19 136	9,7	46 720	25,9
26. „ .	19 601	9,6	47 243	26,0
2. Oktober .	17 329	8,3	48 875	26,4
9. „ .	13 711	6,6	49 117	26,6
16. „ .	13 326	6,4	49 809	27,5
24. „ .	12 421	6,0	49 843	27,3
31. „ .	10 995	5,3	51 166	28,2
7. November .	9 233	6,3 (4,5)	51 561	28,4
14. „ .	8 964	6,2 (4,3)	52 138	28,7
21. „ .	7 888	5,5 (3,8)	52 732	29,0
28. „ .	7 031	5,0 (3,4)	53 382	29,3
5. Dezember .	6 966	5,0 (3,3)	54 428	30,0
12. „ .	6 176	4,4 (3,0)	55 025	30,6
19. „ .	6 320	4,6 (3,1)	55 189	30,7
26. „ .	6 103	4,3 (2,9)	55 101	30,6
2. Januar .	6 580	4,8 (3,2)	57 170	31,4

Die — übrigens nicht erhebliche — Steigerung der Arbeitslosigkeit war vorauszusehen und ist wiederholt vorausgesagt worden. Sie ist jedoch, wie wir gern bekennen, geringer als erwartet und befürchtet werden mußte. Die Ursache dieser unerwartet günstigen Gestaltung des Arbeitsmarktes ist der außerordentlich starke Bedarf an Gütern aller Art für das Heer. An andrer Stelle dieses Blattes wird das näher und eingehender dargelegt.

Alles in allem haben wir guten Grund, mit der Gestaltung des Arbeitsmarktes in der Kriegszeit zufrieden zu sein. Wir haben weit Schlimmeres befürchtet und vorhergesagt, und freuen uns aufrichtig, daß die Befürchtungen sich als grundlos, die Voraussagen sich als falsch erwiesen haben. Noch weit mehr wird es uns freuen, wenn die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes anhält bis zu dem — hoffentlich nicht allzu fernen — Frieden.

Gau	Landesteile	Zahlstellen: Der Gau hat Zahlstellen	Zahlstellen: Davon haben berichtet	Mitgliederzahl: Die berichtenden Zahlstellen hatten Mitglieder am 1. August 1914	Mitgliederzahl: am 2. Januar 1915	Arbeitslose: Von den Mitgliedern waren am 2. Januar 1915 arbeitslos	Arbeitslose: Davon waren ausgesteuert	Zum Heer eingezogen: Bis zum 2. Januar 1915 waren zum Heer eingezogen	Zum Heer eingezogen: Vom Hundert der männlichen Mitglieder
1	Provinz Hannover, mit Ausnahme des nördlichen Teiles, Herzogtum Braunschweig, Fürstentümer Lippe und Pyrmont und Regierungsbezirk Minden der Provinz Westfalen (Sitz: Hannover)	47	26	15 212	10 196	259	96	3 559	28,4
2	Provinz Sachsen und Herzogtum Anhalt (Sitz: Magdeburg)	49	29	15 854	10 197	233	43	4 945	33,7
3	Provinz Brandenburg (Sitz: Berlin)	45	33	13 566	10 172	299	148	3 201	25,8
4	Provinz Pommern und beide Mecklenburg (Sitz: Stettin)	43	28	9 251	6 288	153	20	2 544	28,4
5	Posen, Ost- und Westpreußen (Sitz: Danzig) . . .	16	11	3 135	1 065	140	82	1 441	46,4
6	Provinz Schlesien und der südliche Teil der Provinz Posen (Sitz: Breslau)	34	22	8 208	4 841	183	114	2 640	37,7
7	Königreich Sachsen (Sitz: Dresden)	49	33	26 463	18 237	1259	727	6 632	30,9
8	Thüringische Staaten (Sitz: Erfurt)	38	23	8 453	5 830	679	485	2 348	30,7
9	Nordbayern, links der Donau (Sitz: Nürnberg) . .	24	15	7 251	5 067	766	626	2 202	40,9
10	Südbayern (Sitz: München)	18	13	8 835	5 992	259	175	2 148	34,8
11	Königreich Württemberg, oberes Baden und Elsaß (Sitz: Stuttgart-Kannstatt)	31	14	7 103	4 075	221	106	1 947	32,6
12	Rheinpfalz, Saar- und Moselgebiet einschl. Trier, Lothringen und Baden von Bruchsal abwärts (Sitz: Ludwigshafen)	23	12	7 348	4 281	58	22	2 629	38,0
13	Großherzogtum Hessen, Provinz Hessen-Nassau und Fürstentum Waldeck (Sitz: Frankfurt a. M.) . .	23	17	7 987	4 412	92	49	2 697	37,4
14	Rheinland und Westfalen (Sitz: Köln)	33	14	4 678	2 354	59	33	1 358	31,2
15	Hamburg, Schleswig-Holstein, nördlicher Teil der Provinz Hannover, Großherzogtum Oldenburg, Bremen, Lübeck und Fürstentum Lübeck (Sitz: Hamburg)	44	26	24 128	18 458	747	436	6 198	25,7
	Im ganzen Verbandsgebiet	517	316	167 524	111 465	5307	3164	46 480	31,4

Die Umordnung der Industrie und die Arbeiterschaft.

Ueber die Umorganisierung der deutschen Industrie infolge des Krieges macht Dr. Richard Freund, der Vorsitzende des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise und der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in der „Frankfurter Zeitung" bemerkenswerte Ausführungen. Er verweist zunächst auf die panikartige Stimmung nach Ausbruch des Krieges, die zu zahlreichen Betriebseinstellungen und Arbeiterentlassungen führte. Dann schildert er, wie das Anschwellen der Arbeitslosigkeit in den Städten und der Mangel an Erntearbeitern auf dem Lande zur planmäßigen Organisierung des Arbeitsmarktes führte. „Wie aus der Erde gestampft, erstand eine Reichszentrale für Arbeitsvermittlung, die . . . in der Lage war, alsbald eine erfolgreiche Tätigkeit auf dem Gebiete des Ausgleichs von Arbeitsangebot und Nachfrage durch das ganze Reich zu entfalten. Hinweggefegt waren allerorten die Gegensätze zwischen den öffentlichen Arbeitsnachweisen und den einseitigen Arbeitsnachweisen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen. Die Not der Zeit schloß alle diese Einrichtungen zu gemeinsamer Beratung und Arbeit zusammen."

Dem wirtschaftlichen Stillstand folgte bald eine lebhafte Aufwärtsbewegung auf dem Wirtschafts- und damit auch auf dem Arbeitsmarkte. Der Hauptträger dieser Besserung war der Militärfiskus mit seinem schier unermeßlichen Kriegsbedarf. Um die enormen Anforderungen der Militärverwaltungen erfüllen zu können, mußte ein großer Teil der Industrie völlig umorganisiert werden. Darüber schreibt Dr. Freund:

„Großbetriebe, welche bisher mit der Herstellung von Munition nichts zu tun hatten, richteten mit erstaunlicher Schnelligkeit und Geschicklichkeit ihren Betrieb auf die Herstellung, insbesondere von Zündern und Granaten, ein. Der ungeheure Bedarf an Stacheldraht konnte durch schnellste Aufstellung der erforderlichen Maschinen gedeckt werden und beschäftigte zahlreiche Arbeitskräfte bei gesteigertem Verdienst. Selbst ein Teil der deutschen Spielwarenindustrie, die durch Unterbindung der Ausfuhr stark daniederlag, konnte sich auf die Herstellung von Zündern einrichten, die Hut- und Filzindustrie schlug mit Erfolg bei Helmen und Käppis den Ersatz von Leder durch Filz vor und konnte auf diese Weise ihrer Arbeiterschaft Brot geben. Zahlreiche Konfektionsbetriebe, und zwar nicht nur der Herren-, sondern auch der Damen-Konfektion, richteten sich auf Herstellung von Uniformen ein. Schirmfabriken stellten aus ihrem großen Lager von wasserdichten Schirmbezügen Aermelwesten her, für die bei den in den Schützengräben kämpfenden Truppen ein großer Bedarf war. Elektrizitätsbetriebe stellten Metallknöpfe her, Fahrradfabriken eiserne Bettstellen für Lazarette, Nähmaschinenfabriken Schrapnells, Pianofortefabriken Patronenhülsen, Unternehmungen für Karussellbauten stellten Baracken her, die chemischen Fabriken spezialisierten sich auf Sanitätsmaterialien und pharmazeutische Präparate, die Papierindustrie legte sich auf die Fabrikation von Papiersäcken an Stelle von Jutesäcken, auch die Kinderwagenindustrie arbeitete für den Kriegsbedarf. Im Rheinland wurden Fachschulen für Strohhut-Näherinnen eingerichtet, weil infolge der belgischen Okkupation die Fabrikation dort stockte, die Korbflechtereien fabrizierten Geschoßkörbe und erzielten einen bedeutenden Umsatz. Die gesamte Tuchindustrie widmete sich der Herstellung von Militärtuch, Decken usw."

Diese in wenigen Wochen vollzogene Umordnung großer Teile der Industrie stellte erklärlicherweise an die Intelligenz und an das Organisationstalent, vor allem aber an die Energie der Unternehmer hohe Ansprüche. Aber auch an die Arbeiter wurden hohe und höchste Anforderungen gestellt. Es kann uns deshalb nur mit Genugtuung erfüllen, wenn Dr. Freund in seinem Artikel feststellt: „Auch die Arbeiter brachten der neuen Lage volles Verständnis und Willfährigkeit entgegen. Es soll hier nicht ihre politische Stellungnahme hervorgehoben werden, sondern nur ihre Bereitwilligkeit, mit gegnerischen Organisationen an der Ueberwindung der mannigfachen Schwierigkeiten zu arbeiten. Die Großbetriebe, denen durch die Mobilmachung zahlreiche Arbeitskräfte aller Kategorien entzogen wurden, waren genötigt, eine Umgruppierung ihrer Arbeitskräfte vorzunehmen, die vielfach nicht leicht zu bewirken war und nur durch die Anstelligkeit und Energie unsrer deutschen Arbeiterschaft ermöglicht wurde. Diese beiden Eigenschaften machten auch die Anpassung zahlreicher Arbeiter an neue Beschäftigungsarten möglich: Bäcker und Töpfer wurden Former, Holzdrechsler wurden Eisendrechsler, Portefeuiller, Schuhmacher und Buchbinder bildeten sich zu Sattlereiarbeitern aus, Tischler paßten sich der Zimmerarbeit an, Ingenieure nahmen Stellung als Werkmeister, ja selbst als Arbeiter im Metallgewerbe an, Kaufleute, Straßenbahner und Buchdrucker bildeten sich im Postdienst aus. Die Bestrebungen der Arbeiter, sich umzubilden, fanden nachhaltige Unterstützung durch mannigfache Einrichtungen. So wurden besondere Kurse eingerichtet für Maschinisten und Heizer aus der Industrie zur Bedienung landwirtschaftlicher Kraftmaschinen, und in Offenbach hat der Verband der Lederarbeiter eine besondere Ausbildungswerkstätte eingerichtet, um Portefeuiller für die Sattlerei heranzubilden."

Tatsächlich kann heute festgestellt werden, daß die Arbeitslosigkeit, soweit Arbeiter in Frage kommen, heute nicht sehr über den Stand früherer Jahre hinausgeht. In einigen Berufen, die durch den Krieg besonders hart mitgenommen sind, ist sie allerdings noch recht groß, in andern aber herrscht direkt Mangel an Arbeitern. Anders steht es bei den Arbeiterinnen. Diese sind noch immer zu einem beträchtlichen Teil ohne Arbeitsgelegenheit. Allerdings hat die Arbeitslosigkeit auch bei den Arbeiterinnen nicht mehr den erschreckenden Umfang der ersten Wochen. Zum Teil hat auch hier der Kriegsbedarf entlastend gewirkt. Dr. Freund berichtet darüber:

„Besonders groß war im Anfang des Krieges die Arbeitslosenziffer unter der weiblichen Bevölkerung. In kurzer Zeit waren beim Berliner Zentral-Arbeitsnachweis nicht weniger als 12 000 arbeitslose weibliche Personen eingeschrieben. Hier wurde aber bald durch den Kriegsbedarf der größte Teil der Arbeitslosen aufgesogen. Der große Bedarf an Zwiebackbeuteln, Brotbeuteln, Zeltbahnen, Decken, Helmüberzügen, Patronengürteln usw. schuf die Möglichkeit, das weibliche Arbeitslosenheer zu beschäftigen. Einen sehr interessanten und glücklich durchgeführten Versuch machte der Berliner Zentral-Arbeitsnachweis mit der Einrichtung einer eigenen Betriebswerkstatt in den großen Sälen des Zentral-Arbeitsnachweises. Diese unmittelbare örtliche Verbindung von Werkstatt und Arbeitsnachweis hat sich glänzend bewährt. Aus kleinsten Anfängen hat sich die lediglich für den Kriegsbedarf arbeitende Werkstatt in kurzer Zeit zu einem Betriebe entwickelt, der gleichzeitig 3000 Arbeiterinnen beschäftigte und einen Umsatz von nahezu 1½ Millionen Mark erzielte. Den ersten Anstoß zu der Einrichtung gaben natürlich zunächst die dichtgedrängten Scharen von Arbeitslosen, die täglich die Säle des Arbeitsnachweises füllten und vergeblich auf Arbeit warteten. Dann aber wurden lebhafte und, wie festgestellt, begründete Klagen über Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte durch Zahlung sehr niedriger Löhne, bei hohen von der Militärverwaltung bewilligten Preisen, laut. Da der Zentral-Arbeitsnachweis keinen Gewinn erzielen wollte, so konnte der gesamte Nutzen den Arbeiterinnen als Lohn vergütet werden."

Dieses erfreuliche Ergebnis eines ersten Versuches ist sehr zu begrüßen. Der Nutzen ist ein vielfacher. Die Heeresverwaltung kann ihren Bedarf leichter decken. Die Arbeiterinnen haben bessere Arbeitsbedingungen, und einigen skrupellosen Unternehmern ist die Möglichkeit, auf Kosten armer Arbeiterinnen schmutzige Gewinne zu machen, genommen. Ein fortwirkender Nutzen entsteht vielleicht noch daraus, daß die Erfahrungen mit dieser Einrichtung den Krieg überdauern und dann vielleicht hier und da zu Vergleichen zwischen genossenschaftlicher und privatwirtschaftlicher Gütererzeugung anregen.

Kapitalistische Zukunftsfragen.

An andrer Stelle dieses Blattes (in dem Artikel über die „Umordnung der Industrie") wird verwiesen auf die Tatsache, daß die deutsche Industrie durch den Krieg vor ganz neue Aufgaben gestellt wurde und daß sie bemüht und imstande war, sich diesen neuen Aufgaben anzupassen. Vor allem auch deshalb, weil die Unternehmer sich stützen konnten auf eine intelligente, tatkräftige und tatbereite Arbeiterschaft. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß diese Anpassung, richtiger diese Umordnung großer Teile der Industrie nicht ohne Schwierigkeiten und Störungen vor sich gegangen ist, daß sehr viele Widerstände zu überwinden waren und noch zu überwinden sind und daß der militärische Zwang vielfach dieser Umordnung erst den Weg ebnen mußte. Gerade die Erfahrungen der letzten Wochen haben gezeigt, daß das System der freien Konkurrenz seine Mängel und Schwächen in schwierigen Zeiten nicht weniger, sondern mehr hervortreten läßt als im normalen Lauf der Geschehnisse. Auf diese Seite der Bewährung unsrer Wirtschaftsordnung im Kriege verweist ein Artikel der IK., den wir nachstehend wiedergeben.

Die Professoren der Richtung um Ehrenberg und Ludwig Bernhard haben in den letzten Jahren die Theorie von der Unentbehrlichkeit des privaten Unternehmers aufgestellt und vertreten. Im Zusammenhang damit wurde das „freie Spiel der Kräfte" proklamiert. Allerdings nur einseitig, das Organisationskönnen und die Initiative des Unternehmers sollte zur freien Entfaltung kommen, während man glaubte, im Interesse der Volkswirtschaft und des Staates den Koalitionsbestrebungen der Arbeiter Fesseln anlegen zu müssen. Selbst bis in den Kreisen der Regierung sind bei den Vorbereitungen zu neuen gesetzgeberischen Arbeiten diese Gedankengänge richtunggebend gewesen.

Nun ist der Krieg gekommen, und das, was in der Theorie aufgestellt war, hat sich nicht bewährt. Im Gegenteil. Die Regierung hat scharf zugreifen müssen. Damit das Getriebe der Volkswirtschaft den Anforderungen des Krieges gewachsen bleibt, war es notwendig, die Privatinteressen des Unternehmertums den Gemeinsamkeitsinteressen einzuordnen. Die Regierung setzte Höchstpreise fest, der Staat als Arbeitgeber kümmerte sich plötzlich um interne Fragen der Produktion, der Arbeitsverteilung, Arbeitseinstellung und des Arbeitslohnes. In manchen Fällen haben sogar die Behörden die Initiative zur Umformung wichtiger Wirtschaftsverhältnisse ergreifen müssen.

Wenn in der Not der Zeit der Staat sich gegen die Interesseneinrichtungen des privaten Unternehmertums zu schützen hat, muß die Illusion von der Unentbehrlichkeit und der staatserhaltenden Bedeutung dieser Wirtschaftsgruppen für das Gemeinschaftsleben ins Wanken kommen. Deshalb wird nach dem Kriege, wenn wieder Diskussionsfreiheit herrscht, die Frage „Unternehmertum und Staatswesen" eine große Rolle spielen. Hier sei nur registriert, daß schon jetzt in der bürgerlichen Wissenschaft dieser Wandel der Anschauungen signalisiert wird.

Das „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" gibt jetzt Kriegshefte heraus. Die wissenschaftlichen Vertreter der verschiedenen Richtungen sollen über die Wirtschaftsprobleme referieren, die der Krieg für die Volkswirtschaft gezeigt hat. Die einleitende Abhandlung „Der treibende Faktor in der kapitalistischen Entwicklung" ist vom Herausgeber Edgar Jaffé geschrieben worden. Die Schlußsätze sind besonders bemerkenswert. Jaffé konstatiert, daß unser Wirtschaftsleben an einem Wendepunkt angelangt ist, „von dem aus die Weiterentwicklung nicht mehr wie bisher von rein ökonomischen, sondern — in entscheidender Weise — von sozialen und politischen Kräften bestimmt und beeinflußt sind".

„Damit treten aber an das Wirtschaftsleben Anforderungen heran, denen das System des freien Spieles der Kräfte nicht gewachsen ist. Ueberall wo dies System nicht sofort durch bereitgehaltene gemeinwirtschaftliche Maßnahmen gestützt wurde, hat es völlig versagt, und wir sind gezwungen, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um schleunigst auch auf diesen Gebieten das privatwirtschaftliche durch das System der Gemeinwirtschaft zu ersetzen. An die Stelle des Wahlspruches: „Jeder für sich und Gott für uns alle" tritt das Wort: „Einer für alle und alle für einen."

Was das aber für die Zukunft auch des sozialen und wirtschaftlichen Lebens bedeutet, das können wir heute höchstens in unsicheren Umrissen ahnen. Eines aber ist gewiß, nach diesem Kriege, im kommenden Frieden, wird unser Wirtschaftssystem nicht mehr das gleiche sein wie vorher! Ob wir wollen oder nicht: der Krieg wird auch hier einen ungeheuren Ruck nach vorwärts bedeuten, und dieser Fortschritt kann kein andrer sein, als der auf dem Wege zur Gemeinschaft. Was heute unter dem Drucke der militärischen Notwendigkeiten geschieht, wird und kann mit diesen nicht wieder verschwinden; wahrscheinlich sind die Kriegsmaßregeln nur der Auftakt zu prinzipiellen Neugestaltungen, deren Umfang noch nicht abzusehen ist."

So Jaffé. Die Kathedersozialisten bekommen wieder Oberwasser. Als eine Art Prinzipienerklärung einer ganzen Richtung bürgerlicher Forscher ist das Problem skizziert und kann nicht mißverstanden werden. Das deutsche Unternehmertum ist in das politische Leben eingetreten und hat in den letzten Jahren politische Macht zu erringen gewußt. Die Gegenwirkungen sind nun durch den Krieg stärker hervorgetreten: der Staat muß sich politisch zur Wehr setzen, muß den Aufgabenkreis des privaten Unternehmertums einzuengen suchen. Das sind die wichtigen Tatsachen, die aus der jetzigen Situation sich ergeben, und diese Streitfragen müssen später durchgekämpft werden.

Feldpostbriefe von Verbandskollegen.

Ein bei der Artillerie dienender Leipziger Kollege schreibt auf die Anfrage eines Freundes, ob und wie die Kollegen draußen an den Verband denken, und wie sie über seine Maßnahmen urteilen:

„Sp. . . ., 29. Dezember 1914.

Werter Kollege!

Fünf Monate stehen wir jetzt nahezu im Felde. Die überstandenen Kämpfe, Entbehrungen, Sorgen und Krankheiten sowie die genannten Beobachtungen veranlassen mich, Deine Frage, wie unsre im Felde stehenden Kollegen über den Verband denken, gern zu beantworten. In meiner Batterie waren etwa 15 [illegible] organisierte Arbeiter, darunter eine stattliche Anzahl Verbandskollegen. Nichts liegt da näher, als daß wir uns des öfteren über die Wirksamkeit des Verbandes unterhielten. Die Nachrichten über die steigenden Lebensmittelpreise und die zunehmende Arbeitslosigkeit drangen zu uns. Das Bewußtsein, daß unsre daheimgebliebenen arbeitslosen Kollegen vom Verbande unterstützt werden, wirkte beruhigend. Aber wie lange wird der Verband den großen finanziellen Ansprüchen nachkommen können? war oft unsre bange Frage. Jetzt erst wurde von vielen der Wert der Unterstützungseinrichtungen unsres Verbandes und die Zweckmäßigkeit des angesammelten Verbandsvermögens erkannt. Allgemein [illegible] das Vertrauen zur Organisation und die Ueberzeugung, daß die Daheimgebliebenen bereit sein werden, den außerordentlichen Verhältnissen durch größere Opferwilligkeit zu begegnen.

Wir erlebten, als wir im September vor Nancy im Felde standen, böse Tage. Neben vielen andern wurde eines Tages ein guter Verbandskollege durch eine Granate schwer verletzt. Ich half, ihn ins Feldlazarett bringen. [illegible] beim Abschied antwortete er: „Hoffentlich werden die Opfer, die wir bringen, uns in Zukunft mehr wirtschaftliche und politische Ellenbogenfreiheit schaffen." Dann sprach er von der Opferwilligkeit unsrer Kollegen in der Heimat, die dafür sorgen, daß die in harten Kämpfen aufgebaute Organisation mit ihrer segensreichen Tätigkeit hochgehalten würde. Von sich und seinen Wunden sprach er kaum. Tief bewegt verließ ich den Schwerverletzten.

Oft auch beschäftigten wir uns mit den Schwierigkeiten, die man früher von allen Seiten unserm Verbande in den Weg legte. Wir sind erfreut, daß hierin eine Wendung zum Besseren eingetreten ist. Allgemein wird aber die größere Würdigung der Gewerkschaften durch die Regierung dem von uns erlangten gewaltigen Einfluß zugeschrieben. Hoffentlich ist diese Würdigung nicht — wie manche andre Maßnahme der Regierung — nur für die Dauer des Krieges erfolgt! Gar viele von uns sind mißtrauisch. Es gibt nicht wenige, die befürchten, daß man nach dem Kriege vieles wieder rückgängig machen wird. Wir sind deshalb heute mehr als je der festen Ueberzeugung, daß nur in der Erstarkung der Gewerkschaften die Bürgschaft wirtschaftlicher und sozialer Bewegungsfreiheit liegt.

Oft wird von unsern Kollegen zum Ausdruck gebracht, daß sie nach ihrer Rückkehr mit gleichem Mut und derselben Ausdauer wie hier vor dem Feinde an der Herbeiführung einer besseren Zeit für die Arbeiterschaft arbeiten wollen. Dazu ist nach Ansicht aller aber notwendig, daß der Verband in seinen Grundfesten nicht erschüttert, daß uns und der Organisation von den Daheimgebliebenen die Treue gehalten wird.

Wir hoffen deshalb zuversichtlich, daß die Zahl der fahnenflüchtigen Mitglieder recht gering, die Zahl der eingehenden Extrabeiträge recht hoch ist. Nur dann kann der Verband seine bisher bewiesene Leistungsfähigkeit erhalten. Dann ist auch die Gewähr gegeben, daß die jetzige soziale Einsicht der Regierung und ihre Würdigung der Gewerkschaften zu einer dauernden wird. Nach dem Kriege werden die Klassengegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern stärker in die Erscheinung treten, als es jetzt während des „Burgfriedens" der Fall ist. Die jetzt von den Unternehmern — leider mit sehr vielen Ausnahmen — geübte soziale Einsicht wird dann fallen. Wir werden wiederum auf die eigene Kraft, auf die Stärke des Verbandes angewiesen sein. Mögen deshalb alle Kollegen und Kolleginnen dafür sorgen, daß unser Verband ungeschwächt den Krieg überdauert. Von diesem Wunsche beseelt, sende ich Dir im Auftrage vieler Kämpfender aus dem Westen die herzl. Grüße.

Dein H. . . ."

* * *

Verlustlisten.

Mann neben Mann. — Geschichtet wie Garben
Ueber ein endloses Feld . . . .
Fernher zischt eine fressende Sense,
Türmt sich aus Gräbern die neue Grenze,
Held neben Held!
Wem sie als Männer und Söhne starben?
Fragt nicht! In fremder Erde verwest,
Euch ein leuchtendes Volk von Brüdern.
Nehmt denn und lest!
Wehe, wehe dem, der dies Buch vergißt,
Dessen Seiten voll Heldenliedern
Und jede Seite stolzester Jammer ist.

Namen und Namen und Namen. Daneben:
Tot — verwundet — vermißt. Und die Zahl
Des Regiments. — Erzengel schweben,
Ihre Flügel beschwingt das Leben,
Das sich den stöhnenden Leibern entrissen.
Jede Seele neigt noch einmal
Sich des vertrauten Gesichtes Qual,
Dann aus den blutigen Finsternissen
Steigt sie und ist wie Stern und Strahl.

Namen und Namen. — Wer kennt die Fremden,
Die hier, Schatten verhallter Armeen,
Unübersehbar in Reihen und Gliedern stehen?
Fragt nicht! Die den mordenden Anprall hemmten,
Die ihre Leiber zum Schutzwall türmten:
Wenn unsere Fahnen noch siegend im Lichte wehen,
Ihnen die Ehre und ihren Taten,
Unser Leben von ihren Gnaden,
Die es uns mit ihrem Leben erstürmten! —

Ulrich Rauscher in der „Frankfurter Zeitung."

Arbeiterschutz und Wehrfähigkeit.

Seit Ausbruch des Krieges ist wiederholt und eindringlich darauf verwiesen worden, daß der früher so oft verlästerten Sozialpolitik ein erhebliches Verdienst um die Wehrfähigkeit des deutschen Volkes zukommt. Die Leute um Professor Bernhard, die noch kurz vor Ausbruch des Krieges über die „unerwünschten Folgen der Sozialpolitik" klagten und eine allgemeine Verweichlichung der Arbeiterschaft vorhersagten, sind durch die Tatsachen gründlich abgeführt worden. Das genaue Gegenteil von dem, was Schwarzseher à la Bernhard voraussagten, ist eingetroffen. Sehr treffend schrieb der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Kruseman, dessen Sachkunde niemand bestreiten kann, kürzlich:

„Die große Zeit, die unser Volk wie mit eiserner Pflugschar aufwühlt und in seiner Seele scheinbar schlummernde Kräfte machtvoll ans Licht bringt, hat auch den bisher nicht voll erkannten Segen der Arbeiterfürsorge offenbar gemacht. Sie erwies sich als eine Quelle deutscher Kriegsbereitschaft. Was man von ihren verweichlichenden und entnervenden, von ihren politischen Enttäuschungen erzählte, waren Märchen."

Leider haben dabei Märchen viele Gläubige gefunden. Ganz sind die Märchengläubigen selbst jetzt noch nicht ausgestorben, obwohl die Tatsachen Tag um Tag eine mehr als deutliche Sprache reden. So hat die „Arbeitgeber-Zeitung", die eifrigste Anhängerin der Bernhardschen Verweichlichungstheorie, noch immer nicht umgelernt. Vielleicht erleben wir aber auch noch die Freude.

Sehr eingehend und sachlich hat kürzlich Gewerbeinspektor Dr. Voltmer, Hannover, in einem Vortrag, gehalten vor dem Verbande technisch-wissenschaftlicher Vereine, die Beziehungen zwischen dem Arbeiterschutz und der Wehrfähigkeit untersucht. Voltmer verweist einleitend darauf, daß in einem gut geleiteten Staatswesen „alle materiellen und ideellen Güter, alle körperlichen und geistigen Kräfte rechtzeitig gepflegt und gesammelt" werden müssen. Das ist aber nicht möglich, „ohne eine gewisse Einsicht möglichst aller beteiligten Volkskreise in den Wirtschaftsprozeß des Staates", also ohne politische Schulung und Bildung. Auch in der Gütererzeugung genügt es nicht, eine große Masse von Arbeitern zu haben, vielmehr spielt „eine ebenso große Rolle die Qualität der letzteren". Voltmer nennt es denn eine unerläßliche Voraussetzung, „die körperliche und geistige Entwicklung unsrer zahlreichen Lohnarbeiter zu fördern". Aus seinen Ausführungen scheint allerdings hervorzugehen, daß er die seitherigen Maßnahmen in dieser Richtung für ausreichend hält, eine Auffassung, die wir nicht teilen. Doch darauf kommt es in diesem Zusammenhange nicht an. Uns genügt die grundsätzliche Uebereinstimmung darin, daß die körperliche und geistige Entwicklung der Arbeiter von erheblicher Bedeutung für die Wehrfähigkeit des Volkes ist.

Sehr richtig heißt es im Anschluß an die oben wiedergegebenen Ausführungen, daß es nicht ausreicht, wenn die Arbeiter nur können, sondern sie müssen auch wollen. Dazu genügt es aber nicht, die körperliche und geistige Gesundheit des Arbeiters zu pflegen. Es muß vielmehr auch „sein Gefühl für die Zusammengehörigkeit mit den andern Volksschichten, mit dem Staatsganzen" gesichert werden. Eine der Maßnahmen, die beiden Zwecken dient, sieht Voltmer nun in den Arbeiterschutzgesetzen.

Zunächst wird hingewiesen auf die Not und das Elend der Arbeiter in den Jugendjahren der deutschen Industrie. Der Arbeiter unterlag „einer unbeschränkten Ausbeutung seiner Arbeitskraft bei Tag und Nacht". Er war „zahlreichen Unfallgefahren und seine Gesundheit bald untergrabenden heimtückischen Giften, Staub und Dünsten preisgegeben". Diese Zustände führten „zu einer gewissen Entartung des Industriearbeiters" und anderseits zur Bereicherung der ausbeutenden Unternehmer.

In diesem Stadium trat, nach Voltmer, auch der Sozialismus auf den Plan. „Die Zeit war reif zur Erweckung von Männern wie Lassalle, Marx und Bebel", schreibt er. Sie fingen an, den Kampf der Arbeiter gegen die herrschenden Klassen und gegen die Staatsleitung zu organisieren. Das war für den Staat ein Anlaß, sich mit der Arbeiterfrage ernstlich zu befassen. Denn „jetzt war für den Fall einer Verteidigung des Staates mit dem Schwerte nicht mehr allein das mangelnde Können, sondern auch das mangelnde Wollen der Massen zu befürchten".

Aus dieser Sorge des Staates um den mangelnden Verteidigungswillen der Arbeiter leitet Dr. Voltmer dann den staatlichen Arbeiterschutz ab. Damit bestätigt er nur, was wir schon oft gesagt haben und was schon Bismarck mit den treffenden Worten ausdrückt: Wenn wir keine Sozialdemokratie hätten und wenn sich nicht so viele Leute vor ihr fürchteten, hätten wir heute noch keine Sozialreform.

Dr. Voltmer schilderte weiterhin kurz die Entstehung der Arbeiterschutzgesetze und den Umfang sowie die Aufgaben der Gewerbeaufsicht. Dann führte er aus: „Fragt man sich nun, welchen Nutzen der gesetzliche Arbeiterschutz unserm Volke gebracht hat, so muß man sich ein Bild davon zu machen suchen, wie die Entwicklung der Arbeiterverhältnisse ohne dieses zielbewußte staatliche Eingreifen gewesen sein würde." Er verweist auf die schon erwähnten Zustände in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und knüpft daran die Frage: „Wieviel schlimmer würde jener raubbauliche Verbrauch unsrer Arbeitskräfte, jene Schädigung unsrer Volksgesundheit sich erst gestaltet haben, als mit den großartigen Fortschritten der Technik eine immer gewaltigere Industrialisierung unsres Wirtschaftslebens eintrat?" Die Frage ist durchaus berechtigt. Wenn sich auch nie einwandfrei feststellen lassen wird, wie sich die Zustände in Deutschland ohne die „Beschneidung der Auswüchse der Gewinnsucht und Kurzsichtigkeit durch das Druckmittel des Gesetzes" gestaltet hätten, so steht doch für jeden Einsichtigen außer Zweifel, daß sie weit schlechter wären, als sie es so geworden sind.

Auf die in den letzten Jahrzehnten so oft zweifelnd und tadelnd gestellte Frage nach dem Dank der Arbeiter für die soziale Fürsorge antwortet Dr. Voltmer: „Es waren keine guten Seelenkenner und keine klugen Politiker, die Dank erwarteten für etwas, was der Unternehmer dem Arbeiter kraft Gesetzes bieten mußte und worauf der Arbeiter zufolge geschichtlicher Wirtschaftsentwicklung auch einen billigen Anspruch hatte." Dann aber stellt er die Gegenfrage: „Wie hätte sich unsre Arbeiterschaft am Tage unsrer Mobilmachung verhalten, wenn die Staatsregierung den wirtschaftlich Schwachen nicht diese Fürsorge hätte angedeihen lassen, die ja doch die Industrie sehr wohl hat bezahlen können, wenn die Arbeiter sich stets nur einer rücksichtslosen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft durch den Unternehmer gegenübergesehen hätten, der ja schließlich auch mit einem gewissen Recht auf seinen möglichst großen Profit zu sehen hat, wenn dann aber demzufolge diese Arbeiterschaft eine körperlich und moralisch entartete Masse gebildet hätte, nur erfüllt von Ingrimm über die kaltherzige Behandlung durch die herrschenden Klassen, und nicht sehend, daß unsre Staatsordnung doch auch ihnen ein gut Teil unsrer Kulturgüter sichert?"

Diese Gegenfrage ist sehr geschickt gestellt und nicht unberechtigt. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Arbeiter ein Vaterland, in dem sie sich wohlfühlen, mit mehr Eifer verteidigen als eines, in dem sie nur Stiefkinder sind. Wobei wir durchaus nicht gesagt haben wollen, daß die deutschen Arbeiter nicht sehr oft Grund gehabt haben, sich über stiefmütterliche Behandlung zu beklagen. Vielmehr heben wir die Gegenfrage deshalb hervor, weil wir wünschen, daß die deutschen Arbeiter nach dem Kriege sich in ihrem Vaterlande als gleichberechtigte Kinder fühlen und betätigen können. Dann werden sie mit noch größerem Nachdruck und mit noch höherer Begeisterung ihr Vaterland verteidigen können und verteidigen wollen.

Gegen die Aushungerung Deutschlands.

Es ist ein anerkennenswertes Streben der Regierung, die Ernährung des Volkes für die ganze Dauer des Krieges sicherzustellen. Das ist deshalb nicht leicht, weil wir in Friedenszeiten einen nicht unerheblichen Teil unsrer Nahrung aus dem Auslande beziehen, jetzt aber von jeder Zufuhr fast abgeschnitten sind, also mit dem haushalten müssen, was an Vorräten vorhanden war und was unsre eigene Landwirtschaft erzeugt. Soweit Kolonialwaren, wie Kaffee, Tee, Gewürze usw. in Frage kommen, reichen die vorhandenen Vorräte für eine längere Zeit aus. Dagegen sind Hülsenfrüchte, namentlich Bohnen und Linsen, schon recht knapp und teuer geworden. Auch viele andre Nahrungsmittel sind erheblich im Preise gestiegen.

Unser wichtigstes Nahrungsmittel ist das Brotgetreide, also Roggen und Weizen. Im Durchschnitt der Jahre 1893 bis 1912 wurden in Deutschland von jedem Bewohner durchschnittlich 147,5 Kilogramm Roggen und 90,5 Kilogramm Weizen verbraucht. Die letzten Jahre standen, infolge der hohen Getreidepreise, unter diesem Durchschnitt, jedoch ist der Roggenverbrauch nicht unter 137,7 Kilogramm im Krisenjahre 1901/02 und der Weizenverbrauch nicht unter 85 Kilogramm in demselben Jahre gesunken. Aus diesen Zahlen geht schon die außerordentliche Bedeutung dieser Getreidearten für unsre Ernährung hervor.

Nun deckt die deutsche Landwirtschaft zwar noch unsern Bedarf an Roggen, aber nicht den an Weizen. Im Jahre 1912 z. B. haben wir 2 297 422 Tonnen Weizen eingeführt, aber nur 322 590 Tonnen ausgeführt. Roggen dagegen haben wir in demselben Jahre 315 724 Tonnen ein-, aber 797 317 Tonnen ausgeführt. Da die Einfuhr von Weizen jetzt stockt, muß versucht werden, den Verbrauch von Weizen einzuschränken. Zu diesem Zweck hat der Bundesrat schon vor einiger Zeit angeordnet, daß dem Weizenmehl 10 Prozent Roggenmehl beigemischt werden müssen. Auch wurde wiederholt und eindringlich zur Sparsamkeit beim Verbrauch von Weizenmehl gemahnt.

Auch von privater Seite wurde die Bevölkerung aufgefordert, mit dem Brotgetreide sparsam umzugehen. So veröffentlichten die Professoren der Nationalökonomie an der Universität Berlin: A. Wagner, G. v. Schmoller, M. Sering, H. Herkner, K. Baldt im Verein mit den Physiologen M. Rubner und H. Zuntz, dem Mitgliede des Reichsgesundheitsamtes Geh. Rat Professor Rost, dem Rektor der Berliner Handelshochschule Professor Eltzbacher und dem Herausgeber der „Sozialen Praxis", Professor E. Francke, einen Aufruf, in dem zunächst auf die Absicht Englands hingewiesen wird, Deutschland auszuhungern. Demgegenüber muß, so fährt der Aufruf fort, das deutsche Volk mit ausreichenden Vorräten in das nächste Erntejahr eintreten. Dies ist möglich, wenn jedermann, der Reiche wie der weniger Bemittelte, seine Lebensweise dem anpaßt, was unsre Landwirtschaft zu bieten hat.

Es werden dann folgende Hauptregeln aufgestellt:

1. Geht ehrerbietig und haushälterisch um mit allen nutzbaren Stoffen, verwendet sorgsam jeden noch irgendwie brauchbaren Abfall.

2. Eßt Kriegsbrot (K-Brot) und fordert solches von euren Bäckern. Es ist nahrhaft und schmackhaft wie ungemischtes Roggen- oder Weizenbrot. Kartoffeln sind reichlich vorhanden. Das Brotgetreide aber reicht nur aus, wenn 10 bis 20 Prozent Kartoffeln eingebacken, oder wenn weniger Brot und mehr Kartoffeln genossen werden.

3. Laßt das Weizenbrot (Brötchen, Knüppel, Schrippen, Semmeln) in der Hauptsache den Kranken und Schwachen, schränkt vor allem den Gebrauch von Kuchen, Stollen und anderm feinen Gebäck aufs äußerste ein, denn an Weizen und Weizenmehl fehlt uns $^1/_3$ des bisherigen Bedarfs.

4. Spart an Fleisch, an Fett und Butter. Jetzt besteht zwar ein reichliches Angebot an Schlachttieren, weil vielen Landwirten die ausländischen Futtermittel fehlen. Daraus folgt aber nicht, daß man nun um so mehr Fleisch verzehren dürfte. Geschieht dies, so wird das Angebot bald sehr knapp werden. Vielmehr ist der Fleisch-, Fett- und Butterverbrauch schon jetzt einzuschränken, damit unser Volk später keinen Mangel leide. Wer es kann, sammle für seinen Hausbedarf einen Vorrat an Dauerware (geräuchertem Schinken und Speck, Dauerwurst) und Schmalz, und zwar bedächtig und ohne Ueberstürzung.

5. Die Grundlage der Ernährung müssen einheimische Pflanzenstoffe bilden: Kartoffeln, Roggen, Weizen, Hafer, Buchweizen, Gemüse, frisches und eingemachtes Obst. In ausgiebiger Weise kann Zucker verwendet werden. Zucker, fast überreichlich vorhanden, ist ein vorzügliches Nahrungs- und Ersatzmittel für Fett und Butter.

Dazu genieße man Milch und Käse, namentlich auch Magermilch und Magerkäse, die durch ihren Eiweißgehalt ein vortrefflicher Fleischersatz sind.

Die Ermahnungen haben jedoch nicht oder doch nicht genug genützt. Der Bundesrat hat deshalb am 5. Januar neue Bestimmungen über die Streckung unsrer Getreidevorräte herausgegeben. Zunächst sollen die Mühlen das Getreide mehr als seither ausmahlen. Roggen soll 82, Weizen 80 Prozent Mehl liefern. Infolgedessen wird das Mehl dunkler und der für Futterzwecke verfügbare Abfall geringer werden. Weiter ist bestimmt, daß jetzt dem Weizenmehl mindestens 30 Prozent Roggenmehl zugesetzt werden müssen. Um Umgehungen zu verhindern, sind die Mühlen verpflichtet, das Weizenmehl nur mit diesem Zusatz zu liefern. In einzelnen Fällen können Ausnahmen gestattet werden. Durch diese Streckung des Weizens mit Roggen wird naturgemäß auch diese letztere Brotfrucht knapp. Denn unser Ueberschuß an Roggen ist nicht so groß wie unser Mehrbedarf an Weizen. Es muß deshalb auch der Roggen „gestreckt" werden. Deshalb wird es den Landwirten untersagt, Getreide zu verfüttern, zu verschroten oder zur Futtermittelbereitung zu verwenden. Auch Brot darf nicht mehr verfüttert werden, ausgenommen sind nur Abfälle und verdorbenes Brot.

Ferner muß Roggenbrot auf 90 Teile Roggenmehl 10 Teile (bisher 5 Teile) Kartoffelflocken, Kartoffelwalzmehl oder Kartoffelstärkemehl oder 30 Teile gequetschte oder geriebene Kartoffel enthalten. Bei größerem Kartoffelzusatz muß das Brot mit der Bezeichnung „K" versehen werden. Statt Kartoffel kann Gerstenmehl, Hafermehl, Reismehl oder Gerstenschrot zugesetzt werden. Reines Roggenbrot, zu dessen Herstellung der Roggen bis zu mehr als 93 Prozent durchgemahlen ist, braucht keinen Kartoffelzusatz zu enthalten. Weizenbrot darf nur in Stücken bis höchstens 100 Gramm hergestellt werden; die Landeszentralbehörden können hierüber zur Einschränkung des Weizenbrotverbrauchs anders bestimmen, sie können auch für Roggen- und Weizenbrot bestimmte Formen und Gewichte vorschreiben.

Bei der Bereitung von Kuchen darf nicht mehr als die Hälfte des Gewichts der verwendeten Mehle oder mehlartigen Stoffe aus Weizen bestehen. Die Landeszentralbehörden können die Kuchenbereitung auf bestimmte Wochentage beschränken. In Bäckereien und Konditoreien, einschließlich Hotelbäckereien und ähnlichen Betrieben, wird alle Nachtarbeit verboten. Roggenbrot von mehr als 50 Gramm Gewicht darf erst 24 Stunden nach Beendigung des Backens aus der Bäckerei abgegeben werden. Backfähiges Mehl darf nicht mehr als Streumehl zur Isolierung der Teigwaren verwendet werden.

Die Verordnung über das Ausmahlen des Brotgetreides wie das Verfütterungsverbot sind am 11. Januar 1915, die Verordnung über die Bereitung der Backwaren ist am 15. Januar 1915 in Kraft getreten.

Es ist zu wünschen, daß diese Verordnung überall Verständnis und Beachtung findet. Es liegt nun einmal so, daß wir mit den vorhandenen Vorräten auskommen müssen, und da ist es zweifellos besser und richtiger, diese rechtzeitig einzuteilen, als planlos drauflos zu verbrauchen und dann in den letzten Monaten vor der Ernte blank zu sein.

Gegen das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien haben sich allerdings schon gewichtige Stimmen erhoben. Die Folge, und gewiß auch der Zweck, dieses Verbotes ist der Wegfall frischer Semmeln zum Morgenkaffee. Eine weitere Folge ist, daß manche Bäcker, die ihren Betrieb auf die Weißbrotbäckerei eingerichtet haben, den Betrieb einschränken oder gar aufgeben müssen. Der Präsident der deutschen Bäckerinnungen meint, daß „mehr als die Hälfte, wenn nicht gar drei Viertel" aller Berliner Bäckereien dem Ruin entgegengeführt werden. Das ist gewiß übertrieben, aber ein erheblicher Teil der Bäckermeister wird zweifelsohne geschädigt. Damit natürlich auch die Bäckergehilfen, die in solchen Betrieben beschäftigt sind; zumal der vermehrte Konsum von Brot einen Ausgleich schon deshalb nicht bietet, weil dieses meist in Großbetrieben hergestellt wird und viel weniger Arbeitskraft bei der Herstellung erfordert. Diese Schädigung der Bäcker ist gewiß bedauerlich, aber sie muß als kleines Uebel in den Kauf genommen werden, wenn ein großes dadurch abgewendet werden kann.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit noch dringend raten, auch die oben angeführten Ratschläge der Berliner Professoren zu beachten, d. h. den Verbrauch mehr auf solche Waren zu richten, die ausreichend vorhanden sind oder beschafft werden können. Dazu sollte jeden einzelnen schon die Tatsache veranlassen, daß wir sonst mit einer noch stärkeren Verteurung der Lebensmittel rechnen müssen. Schon jetzt machen sich gewichtige Stimmen bemerkbar, die eine Erhöhung der gesetzlichen Höchstpreise für Brotgetreide fordern, um den Verbrauch einzuschränken. So schreibt der Rektor der Handelshochschule Berlin, Professor Eltzbacher, in der „Tägl. Rundschau":

„Will man das Uebel an der Wurzel fassen, so gibt es nur ein Mittel: Erhöhung der Höchstpreise. Man steigere den Höchstpreis für Roggen um 30 Mk., den für Weizen um 50 Mark. Das ist ebenso gut möglich, wie eine Erhöhung der Getreidezölle möglich gewesen ist. Man stoße sich nicht daran, daß dabei manchem ein unverdienter Gewinn in den Schoß fällt, denn den größten Gewinn von der Erhöhung der Höchstpreise hat die Gesamtheit. Man fürchte auch nicht den Groll der Verbraucher: die zahlreichen Kräfte, die sich jetzt den Fragen der Volksernährung widmen, werden imstande sein, die Verbraucher darüber aufzuklären, daß die Erhöhung der Höchstpreise nur um ihretwillen geboten ist. Die verbündeten Regierungen werden sich ein Verdienst erwerben, wenn sie sich nicht scheuen, einen Fehler, d. h. die Festsetzung der jetzigen angeblich zu niedrigen Höchstpreise, der unter dem Druck einer starken Volksstimmung begangen wurde, nach den gewonnenen Erfahrungen wieder gutzumachen."

Es ist überflüssig, zu sagen, daß wir diese Vorschläge für verfehlt und ganz unberechtigt halten. Der Besitzende würde seinen Verbrauch an Brot auch bei einer Verteurung kaum einschränken, der Arbeiter aber müßte dann mehr entbehren, als für seine zweckmäßige Ernährung zuträglich ist, oder aber er müßte einen noch größeren Teil seines ohnehin jetzt meist knappen Lohnes für Brot aufwenden und dieses Mehr anderswo einsparen, d. h. andre Bedürfnisse ungedeckt lassen. In beiden Fällen leidet nicht nur der Arbeiter persönlich, sondern es leiden auch die Kreise, die für die Deckung dieser Bedürfnisse in Frage kommen. Es ist also volkswirtschaftlich und sozial weit richtiger, Maßnahmen zu treffen, mit denen eine Minderung des Verbrauchs ohne gleichzeitige Schädigung weiter Kreise der Industrie und der Arbeiterschaft erreicht wird. Jedoch mögen die Vorschläge Eltzbachers denen eine Mahnung und eine Warnung sein, die andern Erwägungen unzugänglich sind.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Kriegsbereitschaft der Konsumenten.

Zu einer Zeit, in der so viel von Kriegsbereitschaft die Rede ist, muß die Frage nach der Kriegsbereitschaft der Konsumenten mit in erster Linie zur ausreichenden Beantwortung gestellt werden. Nicht der Staat, die Gemeinschaft der Volksgenossen allein trägt die Verantwortung für die Durchführung geeigneter Maßnahmen zur Erreichung des Kriegszweckes. Neben dieser Verantwortung der Gemeinschaft steht in gleicher Bedeutung die Verantwortlichkeit des einzelnen. Es wäre ein Unglück, wenn diese Verantwortlichkeit mißachtet würde, von der sich ein wichtiges Stück auf wirtschaftliche Angelegenheiten bezieht. Der Verbraucher als Einzelperson kann durch sein Verhalten den Kriegszweck fördern, oder er kann ihm hindernd in den Weg treten. Er muß sich nur stets vor Augen halten, daß der Krieg nicht nur mit den Waffen in der Hand geführt wird, sondern daß die möglichst reibungslos arbeitende Maschine, die man Volkswirtschaft

nennt, sicher eine ebenso zweckdienliche Waffe zur Sicherung der Landesgrenzen und zur Erhaltung der Existenz unsres Volkes als große Nation ist. Wenn in dieser Maschine das einzelne Rad versagt, läuft die Maschine Gefahr, ihre Aufgaben unausgeführt lassen zu müssen.

Es darf vielleicht die Behauptung gewagt werden, daß das bewundernswürdigste Ereignis seit Ausbruch des Krieges die Organisierung der kriegerischen Maßnahmen war, was man mit dem Ausdruck Mobilmachung bezeichnet. Nichts hat Wesen und überragende Bedeutung der Organisation besser gezeigt als die Mobilmachung. Ohne Organisation, ohne das Zusammenarbeiten vieler Menschen und Dinge zur Erreichung eines Zweckes, wäre der Erfolg nicht möglich gewesen. Weil alle Teile und Teilchen des Räderwerks sich am rechten Ort und zur rechten Zeit in Bewegung setzten, mußte der gewollte Erfolg eintreten.

Die wirtschaftliche Mobilmachung ist nur die andre Seite der gleichen Angelegenheit. Den gleichen Willen und die gleiche Fähigkeit zur Zusammenarbeit vorausgesetzt, muß auch hier der Kriegszweck, dieses Mal Sicherung der Volksernährung genannt, erzielt werden. Es fragt sich nur, ob hier das einzelne Rädchen, sei es nun Warenerzeuger, Händler oder Verbraucher, in zweckdienlicher Weise arbeitet. Von Warenhersteller und Warenvermittler sei hier nur gesagt, was leider allzu oft festgestellt werden mußte, daß nicht alle ihrer Art auf den einzig wünschbaren Zweck eingestellt waren und leider zum Teil noch sind. Wucher hat es reichlich gegeben und gibt es noch. Wie aber steht es mit dem Verbraucher? Stand er immer an der richtigen Stelle des Getriebes; diente er mit seiner Eigenschaft als Verbraucher dem einen Zweck?

Zu Beginn des Krieges gab es Angstläufer, Warenhamster, Phantasten, die ihr kostbares Leben in Gefahr sahen, wenn sie ihre Goldstücke und Silberlöffel nicht im Strumpf in Sicherheit gebracht wußten, die Erbsen, Petroleum und Seife gleich für ein ganzes Jahr kauften. Sie merkten es nicht, oder wollten es nicht sehen, daß ihre besondere Schläue eigentlich grober Unfug war, weil sie damit der maßlosen Preistreiberei alle Riegel öffneten. Diese absonderlich Klugen waren die Organisationslosen, die Alleinstehenden, die Kurzsichtigen, denen der Gedanke noch nicht dämmerte, daß nur die Zusammenarbeit Vieler Sinn in alles Menschenwerk trägt. Ein Blick auf die wirtschaftliche Organisation der Verbraucher, die wir Konsumverein nennen, kann die eingebildet Starken, die sich allein als mächtig vorkommen, lehren, wie der Verbraucher den Erfordernissen der Kriegszeit gerecht wird. Es mag schon sein, daß auch genossenschaftlich organisierte Verbraucher hier und da nicht fest genug standen; geschulte Genossenschafter waren das sicher nicht. Aber darauf kommt es ja auch an, wie die Genossenschaften selber dem Kriege Rechnung trugen. Bei ihnen war jene kühle Ruhe zur Ueberlegung, jenes sachliche Erfassen der Zeitnotwendigkeiten, jene Kriegsbereitschaft, die nur durch Organisierung verstreuter Kraftquellen lebendig werden kann, fast überall vorhanden. Wer diese Wahrheit einsieht und wirtschaftliche Kriegsbereitschaft für Kriegs- und Friedenszeiten will, kann allein nur die Erstarkung der Organisation der Wirtschaft wollen. Konsumgenossenschaft ist Organisation der Wirtschaft. Wer diese zu seinem Heil und zum Nutzen der Gesamtheit will, muß jene stärken, muß für die Ausbreitung der Konsumgenossenschaftsbewegung sorgen.

Wucher und Organisation der Verbraucher.

Wenn die Schwierigkeiten in der Versorgung unsrer Bevölkerung während des Krieges mit Lebensmitteln und andern notwendigen Bedarfsgütern eine Wahrheit deutlich gepredigt hat, so ist es die: Wo die Bedarfsdeckung des regelnden Einflusses der Konsumentenorganisation entbehrte, wurden dem Verbraucher die ärgsten Wunden geschlagen. Das Kapitel Warenwucher im Kriege ist lang, sehr lang. Finge man an, die Ausschreitungen des ungezügelten Erwerbstriebs aufzuzählen, so würde nicht so bald ein Ende zu finden sein. Sicher darf mancher Händler mit Recht von sich sagen, daß er am Wucher nicht beteiligt sei, und doch kann kein Zweifel daran aufkommen, daß die alte Warenvermittlung und der Warenwucher zusammengehörende Dinge sind. Wenn eine Händlerzeitung kürzlich einem Brief Aufnahme gewährte, in dem der Briefschreiber sich darüber wundert, daß es noch Händler gebe, die die Kriegskonjunktur noch nicht voll ausnutzen, so darf der Verbraucher sich vielleicht entrüsten, er darf aber sicher nicht erstaunt sein. „Ich glaube, Sie tun ein dankbares Werk, wenn Sie diese Art Schuhwarenhändler auf die bereits bestehenden und noch zu erwartenden Preiserhöhungen in der Schuhbranche hinweisen, denn Menschen, die nicht verstehen, Geld zu verdienen, sind nicht wert, daß sie in der Branche bleiben." So meinte der Briefschreiber und sprach damit nur aus, was ständige Uebung im Warenhandel ist.

Was ist da zu tun? Welcher Verbraucher hätte wohl Lust, bei allen Preisplackereien still zu halten? Die Höhe des dem Verbraucher zugefügten Schadens richtet sich nach der Größe der Kraft, die der Verbraucher den Absichten auf Preissteigerungen entgegenzusetzen vermag. Hilft ihm der Zusammenschluß mit gleichen, mit Verbrauchern, die gleich ihm den Gefahren ungezügelter Preisforderung ausgesetzt sind, so wird er sich der schlimmsten Auswüchse oft erwehren können. Seine Lage wird hoffnungslos, steht er allein; er wird dann die Ansprüche des Marktes befriedigen müssen. Aber jeder Verbraucher will sich ja wehren, wenn man Unbilliges von ihm verlangt; nur lassen Schwerfälligkeit und ein allzu kurzes Gedächtnis für erlittene Schädigungen sehr oft nicht das rechte Mittel zur Abwehr anwenden. Die planmäßige, die organisierte Warenvermittlung ist das Mittel zur Abwehr dieser Schäden. Die Konsumgenossenschaften sind ein gutes Stück der Neuordnung der Warenvermittlung, die unser Wirtschaftsleben dringend braucht. Die Konsumgenossenschaften dürfen jetzt noch mehr als je mit Recht sagen, daß sie ein Bedürfnis der Zeit sind.

Rundschau.

Beispiellose Anerkennung.

In dem Dezemberheft der Frankfurter Halbmonatsschrift „Das freie Wort" schreibt Dr. phil. Karl Nötzel über „Unsre nationale Dankesschuld an die deutsche Sozialdemokratie". Er führt aus, die gesamte deutsche Nation schulde der Sozialdemokratie nicht nur darum Dank, weil sie geschlossen eingetreten sei für die Verteidigung des Vaterlandes; nein, so führt er fort:

„Unser Dank geht viel weiter: Die deutsche Sozialdemokratie hat im Laufe der zweieinhalb Jahrzehnte seit Aufhebung der unseligen Ausnahmegesetze unentwegt und mit beispiellosem Erfolge daran gearbeitet, unser körperlich schwer arbeitendes Volk geistig mündig zu machen. Und nur, weil diese Arbeit ihr durchaus glückte, weil die breiten Massen unsres Proletariats heute sogleich interessiert sind an den Geistesgütern unsrer Nation, nur deshalb erhob sich unser Volk wie ein Mann, als die drei mächtigsten Reiche der Welt räuberisch über uns herfielen. Und auch die — man muß es doch einmal aussprechen — untre Bürgerkreise geradezu tief beschämende Opferwilligkeit unsrer organisierten Arbeiterschaft ist vor allem das Ergebnis der von der Sozialdemokratie ausgeübten Geistesarbeit."

In den weiteren Darlegungen Nötzels kommt dessen politische und weltanschauliche Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie zum Ausdruck; von diesem Hintergrunde aber hebt sich nur so deutlicher die Bewunderung ab, die der Verfasser der Partei dafür zollt, daß sie aus dahinbegehrenden Arbeitern denkende und empfindende Menschen gemacht hat. Möge Marx noch so unrecht haben, aber er habe das Proletariat rein und selbstlos interessiert an dem Gedeihen der ganzen Menschheit; dafür bedürfe es nach dem Verhalten des Proletariats in diesen Tagen keines Beweises mehr. Der Artikel schließt: „Diese herrliche rührende Offenbarung des deutschen Volkstriebs, die uns ein ganz neues Zeitalter sozialer Gerechtigkeit eröffnen läßt, verdanken wir somit vor allem der treu, unbeirrt und unermüdlich fruchtbaren Kulturarbeit der vielgeschmähten Sozialdemokratie. Sie hat sich damit den aufrichtigsten und tiefsten Dank jedes Deutschen verdient!" Wir erinnern uns, früher von demselben Dr. Nötzel sehr Unfreundliches über die Sozialdemokratie gelesen zu haben. Doch das wird ihm jetzt nicht angekreidet werden. Im Himmel ist ja mehr Freude über einen Sünder, der Buße tut, denn über 99 Gerechte.

Nach dem Kriege.

Im „Korrespondenzblatt der Generalkommission" war dem Bericht über die Streiks und die Lohnbewegungen eine kurze Betrachtung über die allgemeine Lage beigefügt, in der es heißt:

„Der Verteidigungskampf der gesamten deutschen Nation nach außen hat die Interessengegensätze zwischen Arbeit und Kapital im Innern zurückdrängen lassen. In der Ausfechtung dieser Interessengegensätze ist Waffenstillstand eingetreten. Wie sich in Zukunft die Entwicklung der Arbeiterorganisationen gestalten wird, läßt sich heute noch nicht voraussehen. Möglich, daß die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft eine objektive Würdigung in bürgerlichen Kreisen finden und die Gewerkschaften künftig verschont bleiben von all den kleinlichen, im polizeilichen Geiste von den Behörden in so reichem Maße ausgeübten Drangsalierungen."

Die „Arbeitgeberzeitung" ist mit den in diesen Sätzen ausgesprochenen Erwartungen nicht ganz einverstanden. Sie schreibt dazu:

„Wer von andern Objektivität verlangt, wird sie zunächst selbst zu üben haben, und somit glauben wir, daß sich vor allem die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft wird besinnen müssen, ob sie selbst immer mit der nötigen Objektivität zu Werke gegangen ist, und ob sie, den Ratschlägen einer oft wenig gewissenhaften Demagogie folgend, recht daran getan hat, die zahlreichen Schwierigkeiten der Arbeitgeber für nichts zu achten und häufig genug einen Kampf vom Zaun zu brechen, mehr um des Kampfes als um des Erfolges willen!"

Kürzer ausgedrückt heißt das, die Unternehmer und die Behörden werden ihr Verhalten ändern, wenn die Gewerkschaften sich ändern. Das kann schon sein! Wenn die Arbeiter ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen umwandeln in Geselligkeitsvereine, die Regelung ihrer Arbeitsbedingungen vertrauensvoll den Unternehmern überlassen, um ihnen zu den „zahlreichen Schwierigkeiten", die sie schon haben, nicht neue zu bereiten, dann wird allerdings die Beurteilung und Behandlung dieser Organisationen eine andre werden. Um diesen Preis hätten die Arbeiter eine Aenderung allerdings auch vor dem Kriege und ohne den Krieg haben können.

Doppelte Moral.

Das Verbandsorgan des christlichen Keramarbeiterverbandes berichtet über den Eintritt des früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Weill in die französische Armee unter der geschmackvollen Ueberschrift: „Ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, der auf die deutschen Arbeiter schießt." Wir wissen, daß das Keramarbeiterblatt sich ängstlich bemüht, die Gepflogenheiten anständiger Blätter zu meiden und stellen ohne Enttäuschung fest, daß es mit diesem Bemühen noch immer Erfolg hatte. Es liegt uns deshalb auch nichts ferner, als etwa ein Einspruch gegen die durchsichtige Demagogie, die in der wiedergegebenen Ueberschrift liegt. Jedoch können wir nicht umhin, daran zu erinnern, daß Weill einen Kollegen hat, des Nam und Art dem Keramarbeiterblatt nicht unbekannt sein dürfte: den früheren Reichstagsabgeordneten Zetterlé. Dieser zu den Franzosen übergegangene Abgeordnete gehörte allerdings der Zentrumspartei an und war überdies Geistlicher, zwei Umstände, die es verständlich machen, daß das Blatt einer christlichen Gewerkschaft mit dem Mantel der Liebe seine Sünden zudecken möchte. Wir haben weder von Wetterlé noch von Weill Notiz genommen und tun es jetzt nur, um wieder einmal an einem Beispiel zu zeigen, mit welcher Christenliebe und nach welchen Grundsätzen ein Blatt geleitet wird, das sich christlich nennt.

Organisationsgegner im „Burgfrieden".

Wie die Tageszeitungen melden, ist im Betriebe der großen Papierfabrik Heinr. Aug. Schoeller Söhne in Sendersdorf bei Düren (Rheinland) ein heftiger Konflikt entstanden, zu dessen Schlichtung die militärischen Behörden angerufen wurden. Wie die Zentrumspresse mitteilt, entließ die Firma plötzlich einige Arbeiter mit längerer Dienstzeit, darunter einen Arbeiter, der 37 Jahre bei der Firma tätig war. Die Ansicht, daß es sich um eine Maßregel zur Unterdrückung des christlichen Graphischen Zentralverbandes handle, fand ihre Bestätigung durch eine Aeußerung eines leitenden Beamten, der Vermittlungsversuche mit dem Hinweise ablehnte, daß jener Arbeiter, der 37 Jahre im Betriebe tätig war, Vorsitzender dieser Organisation wäre. Die christlichen Gewerkschaften und alle katholischen Arbeitervereine haben sich nun beschwerdeführend an das Generalkommando des 8. Armeekorps gewandt. Mit welchem Erfolge, ist bei Abschluß dieser Nummer noch nicht bekannt geworden.

Ein rabiater Werkmeister — eine Betriebsgefahr im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes.

Ein für weitere Kreise bemerkenswertes Urteil fällte das Bayerische Landesversicherungsamt in einer Rekursklage der Holzindustrie-Berufsgenossenschaft gegen ein Urteil des Oberversicherungsamts Augsburg. Der Klage lag folgender Tatbestand zugrunde: Ein Sägereiarbeiter wurde von einem Werkmeister im Betriebe derart mißhandelt, daß er dadurch erwerbsbeschränkt wurde. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Anspruch auf Rente ab, da die Erwerbsbeschränktheit nicht durch einen Betriebsunfall im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes erfolgt sei. Das Oberversicherungsamt Augsburg als Berufungsinstanz erkannte die Rentenansprüche an, und die Berufsgenossenschaft erhob hierauf Rekursklage beim Landesversicherungsamt. Dieses hat nun auf Zurückweisung der Rekursklage erkannt, und damit sind die Rentenansprüche des Arbeiters in letzter Instanz anerkannt worden.

Aus der Urteilsbegründung ist hervorzuheben: „. . . Allerdings ist eine Körperverletzung, die einem Arbeiter von einem Mitarbeiter zugefügt wird, nicht schon deshalb als ein Betriebsunfall anzusehen, weil sie während des Betriebes und am Orte des Betriebes beigebracht worden ist; sie muß vielmehr in ursächlichem Zusammenhange mit dem Betriebe stehen. Diese Voraussetzungen sind hier gegeben. Der Streit, in dessen Verlauf die Mißhandlung erfolgte, ist nicht auf persönliche Differenzen zurückzuführen, es hat sich vielmehr um eine Meinungsverschiedenheit über die im Betriebe des Sägewerks bewirkte Lagerung von Baumstämmen gehandelt; die Veranlassung zu dem Streit und zu der sich an diesen anschließenden Körperverletzung hat also im Betriebe geruht.

Nach Aussagen der im Strafverfahren gegen den Werkmeister vernommenen Sachverständigen ist dieser eine hochgradig aufgeregte Person, die bei der geringsten Reizung ihrer Sinne nicht mehr mächtig ist und dem Anreiz zu Gewalttätigkeiten nicht widerstehen kann, weshalb er auch von der Anklage wegen Körperverletzung in Anwendung des § 51 des Strafgesetzbuches freigesprochen worden ist. Mit Recht hat das Oberversicherungsamt angenommen, daß die Beschäftigung eines derartigen Menschen in einem Betriebe für die übrigen dort beschäftigten Arbeiter eine ständige Gefahr, die ihren Grund in dem Betriebe hat, bildet, daß also der Mißhandelte einer Betriebsgefahr unterlegen ist.

Verbandsnachrichten.

Einsendung der Schlußberichte über Lohnbewegungen und Streiks.

Es wird um die umgehende Einsendung der Schlußberichte über die im Jahre 1914 erfolgten Lohnbewegungen und Streiks dringend ersucht.

Gelbe Postkarten einsenden!

Die Postkarten zum Nachweis der ausbezahlten Weihnachts-Unterstützung sind sofort nach der erfolgten Auszahlung einzusenden, um die ausbezahlte Gesamtsumme raschmöglichst genau feststellen zu können. Von den Zahlstellen, in denen Weihnachts-Unterstützung nicht ausbezahlt worden ist, erbitten wir ebenfalls eine kurze Mitteilung.

Aufforderung an die arbeitslosen Mitglieder.

Jedes arbeitslose Mitglied muß sich für verpflichtet halten, durch Annahme von Arbeit die Verbandskasse nach Möglichkeit zu entlasten. Wir waren in der letzten Zeit wiederholt in der Lage, nach auswärts Arbeit nachweisen zu können. Es liegt deshalb im Interesse eines jeden arbeitslosen Kollegen, seine Adresse seiner Zahlstellenleitung mitzuteilen, damit die Zahlstellenleitung sie dem Verbandsvorstande übermitteln kann.

An die Bevollmächtigten.

Mit der Herausgabe der „Oswiata" soll im Laufe dieses Monats wieder begonnen werden. Die Zahlstellen, die die „Oswiata" bezogen, werden hiermit ersucht, uns umgehend die erforderliche Anzahl mitzuteilen.

Adressen-Verzeichnis.

Im Februar soll das neue Adressen-Verzeichnis zusammengestellt und gedruckt werden. Wir ersuchen deshalb alle Zahlstellen, die ihre Adressen-Aenderungen noch nicht bekanntgegeben haben, dieses bald zu besorgen.

Viele Zahlstellen senden öfters die Adressen-Karten, ohne daß überhaupt Aenderungen erfolgten. Das ist nicht notwendig. Die Einsendung braucht nur zu erfolgen, wenn eine oder mehrere Adressen geändert werden müssen. Auch ist es nicht notwendig, alle Bevollmächtigten immer aufs neue bekanntzugeben; es genügt, wenn über die neugewählten Bevollmächtigten berichtet wird.

Die Anmeldung neuer Bevollmächtigter muß aber sofort erfolgen.

Vom 5. Januar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Velten i. d. M. 1242,54. Lauenburg a. d. E. 1278,98. Itzehoe 800,—. Blankenburg a. H. 483,54. Kalbe a. d. S. 448,22. Barth 361,04. Marne 365,98. Osterholz-Scharmbeck 117,95. Güstrow 117,74. Freienwalde a. d. O. 105,81. Osterwieck a. H. 60,73. Friedland i. M. 58,31. Herzfelde i. d. M. 56,74. Guben 54,68. Stade 50,05. Heidelberg 34,13. Einbeck 34,11. Mietraching 31,25. Wallmitz i. Schl. 30,—. Greifenhagen 13,40. Eisenach 10,68. Hettstedt 5,95. Fiddichow 4,40. Wongrowitz 1,—. Dresden 4135,63. Staßfurt 1511,21. Borby 702,41. Magdeburg 2761,52. Kiel 1101,93. Bielefeld 485,02. Parchim 406,61. Nünchritz 404,04. Riesa 392,30. Augsburg 298,22. Bunzlau 136,38. Genthin 119,80. Jastrow 100,—. Karlsruhe 100,—. Woldenberg 83,97. Lunzenau 75,97. Gelsenkirchen 53,89. Schwiebus 56,77. Plaidt 51,41. Landshut 47,01. Neustadt a. d. Orla 38,77. Dorndorf 34,23. Alzey 34,03. Lübbecke 30,34. Neuhofen 23,18. Zabikowo 22,90. Pahlhude 22,24. Schwedt 22,04. Trostberg 18,01. Andernach 16,28. Treuenbrietzen 9,97. Hornberg i. B. 9,62. Oppeln 9,55. Neuwied 2,75. Heidingsfeld 2,20. Walsrode 0,61. Chemnitz 2000,—. Neumünster 1600,—. Harburg a. d. E. 854,67. Wittenberg 266,43. Brunsbüttelkoog 234,27. Lübz 227,07. Treptow a. d. R. 85,78. Wechselburg 53,44. Mülheim a. d. R. 17,—. Bredstedt 13,87. Graudenz 12,03. Hoyenofen 2,96. Höchst a. M. 1719,21. Itzehoe 775,12. Saarau 500,—. Ellrich 279,75. Torgau 271,48. Rendsburg 122,18. Rötha 93,24. Schwerin i. M. 71,51. Allstedt 69,56. Kreuz 37,08. Alfeld a. d. L. 34,49. Reutlingen 17,12. Gr.-Rhüden 9,02. Philippsburg i. B. 4,89. Altlusheim 4,—. Neumarkt (Obpf.) 2,—. Penzig 0,50. G.-E.-G.-Zinsen 64 148,25. Braunschweig 7952,87. Ludwigshafen 2500,—. Celle 426,29. Frankenthal 400,—. Danzig 150,—. Heegermühle 100,65. Schönberg i. M. 67,70. Liegnitz 21,81. Bernburg 3000,—. Brandenburg a. d. H. 500,—. Oranienburg 450,—. Flensburg 423,27. Weimar 222,96. Stolp i. P. 182,94. Wismar 145,83. Borne 97,34. Bodenwerder 50,63. Lorsch 46,10. Großenhain 37,09. Boizenburg a. d. E. 30,—.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Sonneberg (S.-M.) 35,50. Driesen 2,40. Heidelberg 1,50. Bielefeld 15,—. Grünberg i. Schl. 2,90. Warnemünde 2,15. Neuwied 1,75. Andernach 0,80. Jastrow 1,50. Neumarkt (Obpf.) 1,—. Elmshorn 62,30. Kattowitz 4,50. Danzig 2,—. Rauscha 6,90.

Schluß: Montag, den 11. Januar, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1914 haben eingesandt:

Althaldensleben, Schönebeck, Rauscha, Salzwedel, Groitzsch, Klein-Krotzenburg, Kolmar i. P., Hasselfelde, Mügeln b. O., Heidelberg, Hainichen, Altrip, Bruchmühl, Trebnitz, Mallmitz, Lützen, Woldenberg, Reichenhall, Bad Lausick, Mietraching, Wittenberge, Parchim, Treuenbrietzen, Erlangen, Penig i. S., Eberswalde, Einbeck, Kalbe, Genthin, Lehrte, Alzey, Friedland i. Meckleb., Marne, Lübbecke, Flensburg, Weißenfels, Gotha, Tangermünde, Driesen, Guben, Pahlhude, Greifenhagen, Solingen, Fiddichow, Barth, Stade, Hornberg, Hettstedt, Gelsenkirchen, Freienwalde, Blankenburg, Osterholz-Scharmbeck, Wriezen, Lunzenau, Strehla a. d. E., Königsluter, Tronberg, Eisenberg, Münchritz, Neuwied, Andernach, Plaidt, Riesa, Schwedt a. d. O., Schweidnitz, Tirschenreuth, Neuhofen, Graudenz, Borby, Neubrandenburg, Goldberg, Oppeln, Sonneberg, Auerbach, Weißwasser, Blomberg, Walsrode, Dorndorf, Dorsten, Penzig, Liegnitz, Augsburg, Bielefeld, Reutlingen, Wittenberg bei Halle, Oschatz, Bremerhafen, Neustadt a. d. Orla, Staßfurt, Jastrow, Leisnig, Schwiebus, Güstrow, Bunzlau, Zabikowo, Wurzbach, Osterwieck, Schwabach, Lübz i. M., Philippsburg, Neustadt a. d. Haardt, Velten i. M., Weserlingen, Brunsbüttelkoog, Bredstedt, Herzfelde, Hohenofen, Domnitzsch, Schönberg i. M., Treptow a. d. R., Ziegenhals, Schleusitz, Harburg, Neumünster, Lauban, Jauer, Rötha, Wolkenstein, Königswalde, Wechselburg, Ebersdorf, Neumarkt (Oberpfalz), Gmund a. d. T., Sandbach-Höchst, Nossen, Glauchau, Briez, Kreuz a. d. O., Döbeln, Rendsburg, Landshut, Allstedt, Helmstedt, Schwerin, Torgau, Borna b. L., Groß-Rhüden, Ellrich, Celle, Altlusheim, Elmshorn, Aalen, Annaburg, Bernstadt, Langensalza, Radeberg, Heegermühle, Höchst, Lieberose, Wernigerode, Neuhaldensleben, Breslau, Braunschweig, Kiel, Bernburg, Magdeburg, Lorsch i. Hessen, Oberröslau, Weimar, Alfeld a. d. L., Oranienburg, Ohrdruf, Mülhausen i. E., Koswig, München-Gladbach, Borne, Schwenningen, Stolp i. P., Boizenburg, Heilbronn, Bodenwerder.

Eingegangene Zahlstellen.

Kreuz, Lauban, Oppeln, Plaidt.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
430 710	Richard Bergner	5. 7. 1888	15. 5. 1910	Leipzig
555 421	Artur Rösler	6. 6. 1879	8. 8. 1912	Leipzig
508 967	Wilhelm Nerlich	29. 11. 1876	1. 12. 1907	Breslau
551 609	Friedrich Berger	17. 5. 1878	19. 8. 1912	Bernburg
533 591	Karl Eckert	5. 6. 1885	20. 9. 1912	Schönebeck

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Borby-Eckernförde. Edwin Hermann, Eckernförde, Burgwall 12.

Elmshorn. 1. Bevollmächtigter Ernst Schadendorf, Kirchenstraße 41.

Jena. Friedrich Frenzel, Wiesenstraße 18.

Neubrandenburg. C. Hillmann, 2. Ringstraße 10.

Neumarkt (Oberpfalz). Anton Schmidt, Weinbergstr. 31.

Nossen. Max Walther, Ober-Schützenstraße 27.

Reichenhall. Marie Brumer, Lindenplatz 2.

Schötmar i. Lippe. Fritz Stölting, Salzuflen, Baumstraße 25.

Warnemünde. Friedrich Klann, Fritz-Reuter-Straße 2.